

Bildungswesen: Welches Angebot Studenten erhalten, um ihr Studium an der Autonomen Hochschule erfolgreich zu bestehen

Gut und wichtig, aber auch noch ausbaufähig

Welche Unterstützungsmaßnahmen gibt es für Studenten an der Autonomen Hochschule (AHS), damit diese ihr Studium erfolgreich beenden? Und wie werden diese Angebote ausgewertet? Diese Fragen sind im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft (PDG) thematisiert worden. Der Tenor lautete: Das Angebot ist gut und wichtig, könnte aber noch ausgebaut werden.

Die Unterstützungsmaßnahmen für Studenten zum erfolgreichen Bestehen des Studiums wurden im Rahmen der letzten Regierungskontrolle im zuständigen PDG-Ausschuss thematisiert.

Dabei bezog sich die ProDG-Abgeordnete Liesa Scholzen auf einen Artikel der Brüsseler Tageszeitung „Le Soir“ von Ende Dezember 2022, wonach Unterstützungsangebote oftmals ihr Ziel verfehlten. „Die Französische Gemeinschaft gibt in ihren Hochschulen jährlich 83 Millionen Euro für Angebote aus, die Studenten mit Schwierigkeiten unterstützen sollen. Diese Angebote muss jede Hochschule zu Verfügung stellen, sind aber nicht verpflichtend. Ziel ist es, die Abbruchquote so niedrig wie möglich zu halten“, erklärte Liesa Scholzen.

„Allerdings scheinen die Angebote nicht effizient genug zu sein, und das falsche Publikum zu erreichen. Experten raten dazu, das Angebot verpflichtend zu machen. Es geht um Orientierungshilfe, Stressbewältigung, Organisation etc. und nicht um Nachhilfe in den Fächern“, fügte sie hinzu. Von Bildungsministerin Lydia Klinkenberg (ProDG) wollte sie wissen, wie hoch die Abbruch- und Wiederholungsquote in den verschiedenen Fachbereichen an der Autonomen Hochschule (AHS) ist, welche Angebote es für Studenten mit Schwierigkeiten gibt und wie Erfolg und Effizienz dieser Angebote evaluiert werden. Im Studienjahr 2021-2022 hätten 14 Personen im Fachbereich Bildungswissenschaften (das heißt 11% der Studierenden), acht Personen im Fachbereich Gesundheits- und Krankheitswissenschaften (ebenso 11%) und sieben Personen im Fachbereich Finanz- und Verwaltungswissenschaften (10%) ihr Studium – vorwiegend im ersten Studienjahr – abgebrochen, berichtete die Ministerin in ihrer Antwort.



Seit dem Studienjahr 2018-2019 bietet die Autonome Hochschule ihren Studierenden die Möglichkeit, kostenlos eine coachingbasierte Begleitung in Anspruch zu nehmen. Foto: David Hagemann

„Es gilt anzumerken, dass im Fachbereich Bildungswissenschaften zwei von den 14 Personen ihr Studienjahr dennoch bestanden hatten. Im Fachbereich Gesundheits- und Krankheitswissenschaften wurden vier Studierende, die das erste Jahr bestanden und dennoch ihr Studium abgebrochen haben, nicht berücksichtigt, da sie mit bestandenem ersten Jahr das Diplom zum Pflegehelfer erhalten haben.“ Ein Studienjahr wiederholt hätten 2021-2022 acht Personen in Bildungswissenschaften (6% der Studierenden), vier Personen in Gesundheits- und Krankheitswissenschaften (ebenso 6% der Studierenden) und sechs Personen in Finanz- und Verwaltungswissenschaften (12% der Studierenden). Die Wiederholung eines Studienjahres erfolgte tendenziell im ersten Studienjahr, so Lydia Klinkenberg.

Seit dem Studienjahr 2018-2019 bietet die Autonome Hochschule ihren Studierenden kostenlos eine „coachingbasierte Begleitung“ an: „Anliegen, mit denen die Studierenden diese Begleitung in Anspruch nehmen können, sind: Lernstrategien verbessern, Lernmotivation, Umgang mit Stress, Prüfungsangst, Optimierung der Konzentration, Entscheidungsfindung, Zukunftsplanung, Überforderung, Umgang mit Misserfolgen, persönliche Belastung, Umgang mit Krisen usw.“, erläuterte die Bildungsministerin.

In der Begleitung gehe es darum, dass die Studierenden eigene Ressourcen erkennen und lösungsorientiert einsetzen. Das persönliche Wohlbefinden und die individuelle Entwicklung ständen dabei im Vordergrund. Nach einem Erstgespräch, bei dem die Ausgangssituation und die Ziele geklärt würden, fänden nach individuellem Bedarf Treffen statt. Das Angebot werde von Dozierenden der AHS durchgeführt, die einer entsprechenden Ausbildung im Bereich Coaching und in-

tegrative Lerntherapie gefolgt sind. Lydia Klinkenberg präzisierte: „Es handelt sich explizit nicht um eine Nachhilfe, wobei auch individuelle Stützkurse oder begleitete Theorie- und Praxisstunden in einzelnen Fächern angeboten werden. Bei Bedarf werden externe Dienstleistungen hinzugezogen bzw. angeraten.“

Im Studienjahr 2021-2022 sei das freiwillige Angebot von insgesamt 25 Studierenden in Anspruch genommen worden. Zusätzlich zu den Einzelcoachings werde auch in Kleingruppen von maximal vier Studierenden themenspezifisch gearbeitet. Und neben der individuellen Bilanz mit den Studierenden am Ende der Beratung werde das Angebot auch von der AHS mittels Umfragen evaluiert. „Hier sind die Rückmeldungen durchweg positiv: Besonders werden die wertschätzende Atmosphäre und die Ausarbeitung von hilfreichen Strategien hervorgehoben. Studierende geben zudem an, 'gestärkt aus dem Coaching zu gehen', berichtete die DG-Ministerin. Neben

der individuellen Bilanz mit den Studierenden am Ende der Beratung werde das Unterstützungsangebot von der AHS mittels Umfragen jährlich evaluiert.

Nicht nur an das Studium, sondern auch an den Beruf denken.

Die Rückmeldungen für das Studienjahr 2021-2022 seien folgende: 87% der Studierenden geben an, über die coachingbasierte Begleitung für Studierende informiert zu sein. 98% der Studierenden beurteilen die erhaltene Unterstützung als zweckmäßig und 82% der Studierenden beurteilen die Inhalte der Stützkurse positiv. Darüber hinaus geben 96% der Studierenden an, dass sie Tipps und Anregungen bei Dozierenden einholen können, wenn sie Hilfe beim Lernen benötigen. Lydia Klinkenberg resümierte: „Dies verdeutlicht, dass es in der Autonomen Hochschule einen direkten Kontakt zu den Dozierenden gibt. Bereits erste Unklarheiten und Unsicherheiten können zeitnah und niederschwellig mit Dozierenden thematisiert werden.“

Die genannten Quoten ließen darauf schließen, dass das Angebot „gut angenommen“ werde, fasste Liesa Scholzen zusammen. Steffi Pauels (CSP) wertete das Hilfsangebot ebenfalls als positiv, verwies aber darauf, dass dieses auf den Primar- und Sekundarschulbereich ausgeweitet werden müsse. „Bedauerlich“ sei zudem, dass gewisse Maßnahmen zum Nachteilsausgleich zwar bis zum Abitur liefen, dann aber nicht mehr unbedingt von der AHS übernommen würden. Andreas Jerusalem (Ecolo) sprach sich dafür aus, ebenso Unterstützungsmaßnahmen für das Berufsleben vorzusehen. Man müsse nämlich nicht nur das Studium, sondern auch die Abbrecherquote in den ersten Berufsjahren im Blick haben. Es sei wichtig, um jede Lehrperson zu „kämpfen“, die einmal im System sei. (sc)

Wettbewerb: Mehr als 40 Teilnehmer stellten sich der Jury beim Vorfinale am Samstag im St.Vither Triangel

Die acht Finalisten der diesjährigen Rhetorika stehen fest

Sie haben es geschafft: Acht Abiturienten und Abiturientinnen aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben sich am Samstag im St.Vither Triangel für das Finale der Rhetorika qualifiziert. Mehr als 40 Schülerinnen und Schüler stellten sich im Vorfinale des alljährlichen Rednerwettstreits, der von Ocarina Ostbelgien organisiert wird, der Bewertung der Jury. Für die Teilnehmer galt es, durch Inhalt, Aufbau, Sprache und Auftreten zu überzeugen. Im Anschluss an die zahlreichen dreiminütigen Redebeiträge zu verschiedensten Themen wurden schließlich die acht Finalisten auserkoren.

Nach einer kurzen Beratung

setzten sich schließlich Damian Andres (KAS), Roman Höltinge (PDS), Markus Melchior (BS), Lina Neuens (BS), Läticia Scheiff (KAE), Annika Schmetz (BS), Dylan Schmitz (CFA) und Rose Schneider (MG) durch.

Große Themenvielfalt und spannende Redebeiträge

Die bearbeiteten Themen erstreckten sich über Perspektiven des Feminismus, der Entwicklung psychischer Leiden, die westliche Doppelmoral im Hinblick auf die Fußball-WM in Katar hin zu

Suchtproblemen. Des Weiteren wurden von den erfolgreichen Rednern und Rednerinnen die Themen Atomenergie, Wasser und Zucker, die richtige Kleidung im Dunkeln und die Privilegien weißer Menschen in Reden bearbeitet.

Als Jurymitglieder fungierten in diesem Jahr Deutschdozentin Dominique Chavet (Juryvorsitz), Übersetzerin und Revisorin Ulrike Krings, die CCK-Kommunikationsbeauftragte Chiara Seca, BRF-Journalistin Simonne Doeppen und Sascha von Montigny vom GrenzEcho.

Im Rahmen eines Theorie-seminars waren den Teilnehmern die Grundlagen zum Verfassen und Vortragen

einer Rede vermittelt worden. Dieses hatte unter Leitung des Referenten Thomas Niemann im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft stattgefunden.

Mitte Februar werden die Finalteilnehmer nun im Rahmen eines zweitägigen Hauptseminars ihre Rhetorikfähigkeiten vertiefen können. Am 11. März wird es dann ernst, wenn das Finale in der PopUp-Eventlocation in Eupen stattfindet. (svm)

Weitere Infos zum Wettstreit gibt es auf www.rhetorika-dg.be sowie auf den Facebook- und Instagram-Seiten der Rhetorika.



Das Finale der Rhetorika findet am 11. März statt. Foto: Ocarina

Bildungswesen: Debatte im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über mögliche Grenzen der Inklusion

Auf dem Weg zur Schule für alle

Über 30 Empfehlungen zum Thema Inklusion in der Schule hat die Bürgerversammlung im Rahmen des permanenten Bürgerdialogs im Juni 2021 vorgelegt. Am Montagabend wurde im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft (PDG) darüber diskutiert, was daraus geworden ist. Im Mittelpunkt einer interessanten Debatte stand eine Frage: Wo liegen mögliche Grenzen der Schule für alle?

VON CHRISTIAN SCHMITZ

Kinder lernen dann am besten, wenn ihre Mitschülerinnen und Mitschüler ungefähr die gleichen Fähigkeiten haben wie sie selbst. Diese Vorstellung homogener Lerngruppen stellt die Inklusion komplett infrage. Inklusion bedeutet nämlich, dass alle Menschen – egal ob mit oder ohne Beeinträchtigung – selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und niemand ausgeschlossen wird. Die Bürgerversammlung hatte im Rahmen des permanenten Bürgerdialogs der DG zunächst ganz grundsätzlich die Inklusion als Thema gewählt, dieses dann aber auf den Bildungsbereich eingegrenzt. Im Fokus der ausgearbeiteten Empfehlungen standen die Lehrergrundausbildung, Weiterbildungsmöglichkeiten oder die Struktur der Förderpädagogik, ein unabhängiger Dienst zur Elternberatung und Möglichkeiten, wie schon Kindergartenkinder spielerisch an inklusive Themen herangeführt werden können.

Maximale Gerechtigkeit ja, aber nicht Unmögliches anstreben, forderte Vivant.

Bei der Debatte am Montagabend im Parlament ging es nicht immer nur um die gemachten Empfehlungen, sondern um das Thema Inklusion an sich. Die Grenzen der Umsetzung aus seiner Sicht versuchte der Vivant-Parlamentarier Alain Mertes deutlich zu machen: „Das hehre Ziel, eine völlige Chancen- und Bildungsgerechtigkeit herzustellen, wird nicht funktionieren. Weil es völlige Gerechtigkeit



Wo liegen die möglichen Grenzen der Inklusion im Bildungswesen. Über diese Frage wurde zu Beginn der Woche im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft debattiert. Illustration: picture alliance/dpa

auf Erden nicht gibt und wahrscheinlich auch nie geben wird“, sagte er. Maximale Gerechtigkeit ja, aber nicht Unmögliches anstreben, forderte er. Denn ansonsten ernte man „meist einen Scherbenhaufen“.

Inklusion dürfe nicht losgelöst von der Gesellschaft gesehen werden. Schulen hätten eine Vermittlerrolle zwischen der Familie und der Wirtschaft – sprich dem Arbeitsmarkt. Prüfungen oder die Vergabe von Noten und verschiedene Abschlüsse hätten einen gesellschaftlichen Sinn. Wenn Abschlüsse dem Arbeitgeber aber keine Auskunft mehr über die Leistungsfähigkeit gäben, würden diese ihre eigenen Testprozeduren einführen. „Spätestens hier endet die Inklusion“, hielt Mertes fest.

Die Vivant-Fraktion erntete damit Widerspruch bei anderen Fraktionen, obschon auch diese kritische Töne anschlugen. Zum Beispiel Steffi Pauels von der CSP-Fraktion: „Wenn wir Inklusion im Bildungsbereich wirklich vorantreiben wollen, kommen wir mit Modalverben wie könnte, sollte, müsste in verschiedenen Möglichkeitsszenarien nicht

weiter“, sagte sie in Richtung der DG-Regierung. Vor allem im Bereich der Inklusion sei eine klare Vision unabdingbar, damit man „keine gegenteiligen Effekte“ erzielt. Gerade mal 16,6 Prozent der Lehrer hätten die angebotene Zusatzausbildung in Förderpädagogik. Deshalb „ist man noch weit davon entfernt, dass jeder Lehrer ein Förderlehrer ist“, erklärte Steffi Pauels.

Ecolo: „Es muss darauf hingearbeitet werden, dass es normaler wird, verschieden zu sein.“

Ob Inklusion eine Illusion sei, fragte sich Andreas Jerusalem (Ecolo) mit dem Hinweis auf Aussagen aus der Bürgerversammlung. Seine Antwort: „Der Weg ist das Ziel, die Schritte, die wir in Richtung echter Inklusion unternehmen, sind entscheidend, denn sie führen zu echten Verbesserungen, zu mehr Teilhabe für jeden Menschen, sie bewirken, dass der Prozess der Inklusion ein Gewinn für alle wird.“ In diesem Sinn habe die Bürger-

versammlung „etwas ins Rollen“ gebracht. Aktuell sei häufig allerdings noch „Exklusion“ die Norm. „Politisch muss deshalb darauf hingearbeitet werden, dass es normaler wird, verschieden zu sein.“

Mehrfach erwähnt wurde im PDG ein Bericht nach der OECD-Untersuchung, der von den beiden Schweizer Bildungsexperten Chris Piller und Markus Born erstellt wurde. Demnach sollte jede Schule ein Kompetenzzentrum werden, statt ein Kompetenzzentrum für alle einzurichten, sagte Andreas Jerusalem mit Hinweis auf diesen Text. „Stattdessen etikettieren wir“, kritisierte er. „Das mag besser sein, als das, was andere tun. Das mag auch besser sein, als das, was früher gemacht wurde. Aber: Es reicht mir nicht. Das muss ein Schritt auf unserem Weg hin zu echter Inklusion bleiben, der langfristig verschwinden sollte.“

Für Liesa Scholzen (ProDG) nimmt das Förderdekret von 2009 die Regelschulen bereits in die Pflicht, „doch um unser Bildungswesen inklusiv zu gestalten, brauchen wir eine inklusive Schulentwicklung“. Das bedeute, Inklusion breiter

zu sehen und die Schule zu einem Ort zu machen, an dem Heterogenität und Vielfalt gelebt werden. „Für die Schaffung dieser Willkommenskultur und die Verankerung inklusiver Werte sind wir auf Lehrpersonen angewiesen, die diesem Prozess offen gegenüberstehen, ihn mittragen und den Mehrwert erkennen“. Das Abschließen der Zusatzausbildung Förderpädagogik an der Autonomen Hochschule bewirke diesen Perspektivwechsel, nannte sie ein Beispiel. Es müsse sich die Grundhaltung durchsetzen, dass Inklusion, dort wo sie im Rahmen einer Regelschule möglich sei, als „Bereicherung, Selbstverständlichkeit und Motor der Schulentwicklung“ gesehen werde.

Grundsätzliche Bemerkungen machte Shayne Piron (PFF). Sie betonte die vielen Herausforderungen: Oft seien mangelnde Ressourcen oder finanzielle Mittel oder auch die dazugehörige Infrastruktur der Grund für Probleme. Die Ausbildung der Lehrkräfte spiele ebenso eine große Rolle wie die Unterstützung im Alltag. Durch die Empfehlungen der Bürgerversammlung gehe

die DG allerdings einen weiteren Schritt in die richtige Richtung.

Die neue SP-Fraktionssprecherin Kirsten Neycken-Bartholemy wiederholte, dass Inklusion ein Menschenrecht sei: „Inklusion bedeutet mehr soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Nur durch Inklusion können alle Kinder und Jugendliche ihr gesamtes Potenzial entwickeln und ausschöpfen. Wir alle zusammen machen eine Gesellschaft lebendig und vor allem lebenswert.“ Weil Menschen unterschiedlich seien, seien auch ihre Methoden zu lernen und sich weiterzubilden unterschiedlich. „Die Bedürfnisse aller müssen berücksichtigt werden. Und dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen“, sagte die SP-Politikerin. Im Unterrichtswesen der DG gebe es „schon einiges“ zur Förderung der Inklusion: Die Beratung der Eltern erfolge durch das Zentrum Kaleido Ostbelgien, das Zentrum für Förderpädagogik (ZFP) berate bereits jetzt die Schulen und die Lehrer. Und das Kompetenzzentrum des ZFP biete in Kooperation mit der Hochschule Zürich eine Zusatzausbildung für Förderpädagogik an. „Die verschiedenen Schulen und die vielen engagierten Lehrpersonen sowie das gesamte Personal tragen durch ihren täglichen Einsatz und ihr Engagement zur Inklusion bei“, fasste Kirsten Neycken-Bartholemy zusammen.

Ministerin: Inklusion, wo immer sie möglich ist, aber nicht verordnet um jeden Preis.

Inklusion, wo immer sie möglich ist, aber keine verordnete Inklusion um jeden Preis: Diesen Grundsatz nannte Bildungsministerin Lydia Klinckenberg (ProDG). Sie zeichnete die Fortschritte in diesem Bereich nach, die es seit Verabschiedung des Förderdekretes aus ihrer Sicht gegeben habe. Obschon viel passiert und noch geplant sei, „ist die Reform der Förderpädagogik ein äußerst komplexer und kontinuierlicher Prozess, der immer wieder an sich verändernde Bedarfe und neue diagnostische Verfahren angepasst werden muss und noch lange nicht beendet ist - auch nicht in der nächsten Legislaturperiode“, sagte die Ministerin.

Sport: DG unterzeichnet Abkommen mit Französischer Gemeinschaft „Mehrwert für Sportler in Ostbelgien“

Die Französische Gemeinschaft (Föderation Wallonie-Brüssel, kurz FWB) und die DG haben ein Sektorenabkommen unterzeichnet, das ihre Zusammenarbeit insbesondere bei der Ausbildung von Führungskräften und dem Austausch von Informationen über die sportliche Praxis in Bereichen wie Sport für alle, Hochleistungssport oder auch Dopingprävention und -bekämpfung erleichtern soll. Das Abkommen soll den Vereinen der DG die gleichen Möglichkeiten des sportlichen Auf- und Abstiegs in allen Altersklassen wie den Sportverbänden der Französischen Gemeinschaft zusichern. Die beiden Gemeinschaften verein-

baren zudem, dass die Bescheinigungen, die zur Erlangung eines Sportlerstatus ausgestellt werden, zukünftig gegenseitig anerkannt und gleichgestellt werden. „Die Französische Gemeinschaft ist ein wichtiger Partner für unsere Gemeinschaft. Wir arbeiten in allen Bereichen eng und freundschaftlich zusammen. Dieses pragmatische Abkommen im Bereich des Sports ist ein konkreter Mehrwert für die Sportler in Ostbelgien“, so Ministerpräsident Oliver Paasch (ProDG). Sportministerin Isabelle Weykmans (PFF) erläuterte, dass dieses Abkommen im Bereich des Sports die bereits solide Zusammenarbeit weiter stärken, die darauf

abziele, die Chancengleichheit für die Sportler der DG in einem rechtlichen Abkommen zu verbessern.

„Da unsere Vereine und Verbände gemeinschaftsübergreifend agieren, ist es richtig, dass einige administrative Hindernisse mit diesem aktualisierten Abkommen beseitigt werden. Mit der neuen Sektorenvereinbarung reagieren wir auf Entwicklungen, die Einfluss auf die Teilnahme, die gegenseitige Anerkennung oder die finanzielle Bewertung unserer Sportverbände, Föderationen, Sportvereine und Verwaltungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben“, wird laut Mitteilung zitiert. (belga/kupo/sc)

2001397644/YE-G